

Liberaler Vereinigung Riehen und Initiative Rothemberger.

Am Dienstag Abend fand in der „Schlipferhalle“ die konstituierende Versammlung der Liberalen Vereinigung Riehen statt. Die Statuten der liberalen Partei von Basel-Stadt wurden erörtert und gutgeheißen und ein fünfgliedriger Vorstand gewählt, bestehend aus den Herren Dr. A. Bieder, D. Wenk, Gemeinde-Präsident, Im Hof-Bodmer, Oskar Bertschmann und H. Strübin-Perrenoud. Ferner wurde Initiative Rothemberger beraten, über die Herr Dr. R. Weber, Rektor referierte. Der Vortrag skizzierte die Entwicklung der Sozialversicherung in der Schweiz und zeigte wie schwer es hielt, das Schweizervolk für die Kranken- und Unfallversicherung zu gewinnen. Wollen wir mit der Alters- und Hinterbliebenenversicherung in absehbarer Zeit zu einem guten Ziele kommen, so muß möglichst das ganze Volk für eine Lösung gewonnen werden; andernfalls riskiert man, daß nach einem ersten Schritt das ganze Werk ins Stocken gerät. Die bundesrätliche Vorlage, ursprünglich zu weit ausgreifend, ist nunmehr auf das sicher Erreichbare zugeschnitten worden, während die Initiative Rothemberger außer dem Grundsatz der Versicherung nur eine Verlängerung der Kriegsteuer und eine Erschwerung der Schuldentilgung bringt und überdies in weite Kreise (Bauernschaft, Welschschweiz, Katholiken) die allmählich für die Versicherung gewonnen worden waren, eine Verärgerung trägt, die einem wirklichen Versicherungsgesetz nachher nur schädlich sein kann. Die finanzielle Bedeutung eines Fonds von 250 Millionen, der vorerst jahrelang verzinst werden muß, reicht nicht an den Wert von Finanzquellen, die wie die Tabakbesteuerung, Jahr für Jahr fließen. Die Ausweisung einer jährlichen Rente von vierhundert Franken (nach dem Projekt der Behörden) ist mittelst der Initiative Rothemberger unmöglich.

Wie steht es mit der vielfach verbreiteten Behauptung, die Initiative Rothemberger bedeute die Erfüllung eines Versprechens? Der Bundesrat hat sein Versprechen von 1918, in kürzester Zeit eine Vorlage einzubringen erfüllt. Niemand konnte voraussehen, daß die gewaltige Arbeitslosigkeit und die Verwerfung der Alkoholvorlage im Sommer 1923 große Schwierigkeiten in den Weg legen würden. Der Vorwurf kann vielen Befürwortern der Versicherung nicht erspart werden, daß sie der Bevölkerung die Versicherung als eine allzu leichte Lat dargestellt haben. Nur das Volk ist zuständig, Versprechen zu geben (im Verfassungsartikel) und Versprechen zu erfüllen (im Ausführungsgesetz). Die Annahme der Initiative Rothemberger würde erst die Ablegung eines Versprechens bedeuten, während die bundesrätliche Vorlage bereits einen Schritt weiter geht und die Grundsätze der Ausführung ins Auge faßt. Deshalb ist die Ablehnung der Initiative Rothemberger nicht eine Ablehnung der Sozialversicherung, sondern vielmehr die Beseitigung eines Hemmnisses.

In der Diskussion, die sich durchwegs auf den Boden des Referates stellte, wurde namentlich noch die volkswirtschaftliche Gefahr der Initiative Rothemberger betont. Neuerdings geht unsere Industrie schweren Zeiten entgegen. Die neue Belastung des Besitzes durch die Verlängerung der Kriegsteuer schwächt die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Arbeit auf dem Weltmarkt und erschüttert das allmählich wieder in Aussicht stehende Gleichgewicht der Bundesfinanzen.

Einstimmig beschloß die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Liberalen Parteitag die Ablehnung der Initiative Rothemberger.

Ferner beschloß sie, bei der Ersatzwahl in den Regierungsrat für den bürgerlichen Kandidaten, Herrn Dr. Kramer, einzutreten.